



Gunther Krichbaum
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Ausschusses für die
Angelegenheiten der Europäischen Union

Gunther Krichbaum, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An die Mitglieder der
CDU Enzkreis/Pforzheim

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus
Telefon (030) 227 – 70 371
Telefax (030) 227 – 76 371
E-Mail gunther.krichbaum@bundestag.de

Wahlkreis
Westliche 104
75172 Pforzheim
Telefon (0 72 31) 14 00 61
Telefax (0 72 31) 14 00 62
E-Mail gunther.krichbaum.wk@bundestag.de

Berlin, 15. Juni 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

wie Sie sicher alle den Medien entnommen haben, ist gestern in Berlin eine Situation entstanden, die ich so noch nicht erlebt habe. Über drei Stunden haben die Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU in getrennten Sitzungen über die künftige Flüchtlingspolitik diskutiert. Grundlage hierfür ist ein Papier, das Bundesinnenminister Horst Seehofer in seinem Ministerium erstellen ließ und das wir als Fraktion noch gar nicht kennen.

Die Debatte entzündete sich an einem der 63 Punkte des Papiers, nämlich der sofortigen Zurückweisung von Flüchtlingen an den deutschen Grenzen, die bereits in einem anderen EU-Staat registriert wurden. Bei der Reduzierung des Flüchtlingszuzugs haben wir durch ein abgestimmtes europäisches Vorgehen bereits sehr viel erreicht. Kamen 2015 noch fast 900.000 Flüchtlinge nach Deutschland, waren es im letzten Jahr knapp unter 186.000. Für 2018 kann nach dem bisherigen Verlauf mit einem weiteren Rückgang gerechnet werden. Damit liegen wir unter der von Horst Seehofer und der CSU stets geforderten Obergrenze von 200.000 Flüchtlingen pro Jahr, die mit einem Zielkorridor von 180.000 – 220.000 auch Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat. Der größte Teil der knapp 12.000 Flüchtlinge, die beispielsweise im April 2018 nach Deutschland kamen, sind über Österreich eingereist. Sie kommen also nicht aus einem Außengrenzen-Staat der EU, in dem nach geltendem europäischem Recht Zurückweisungen möglich sind. Diese Zahlen zeigen im Übrigen auch, dass Österreich seine südlichen Grenzen bislang nicht geschlossen hat und keine Flüchtlinge zurückweist.

In der Debatte über die Flüchtlingspolitik des Jahres 2015 wurde der Bundeskanzlerin häufig zum Vorwurf gemacht, dass sie die Entscheidung, die deutschen Grenzen nicht zu schließen, nur mit Österreich, nicht aber mit den übrigen europäischen Partnern abgestimmt habe. Es verwundert ein wenig, dass nun die Kritiker von damals fordern, bei der Zurückweisung wiederum ohne Absprache mit den Nachbarländern und damit zu Lasten Dritter zu handeln.



Ein deutscher Alleingang würde zwangsläufig zu einem negativen Dominoeffekt mit weiteren Grenzsicherungen, zum Tod der offenen Grenzen des Schengen-Systems und letztlich zur Infragestellung des europäischen Einigungswerks führen, für das wir als CDU immer gestanden haben – ausgerechnet am Todestag von Helmut Kohl, der sich morgen jährt. Ich bin mir sicher, dass auch Helmut Kohl einen Alleingang abgelehnt hätte, denn dieser würde Europa spalten und seine Handlungsfähigkeit schwächen. Doch angesichts der weltweiten Herausforderungen – Trump, Putin, China – brauchen wir Europa mehr denn je, um Wohlstand, Frieden und soziale Sicherheit auch künftig gewährleisten zu können.

Aus dieser Überzeugung heraus hat Angela Merkel gestern den Vorschlag unterbreitet, auf der Grundlage von bilateralen Vereinbarungen mit Italien und Griechenland diejenigen zurückzuweisen, die bereits einen Asylantrag in einem anderen europäischen Land gestellt haben. Sie hat die Bundestagsfraktion gebeten, ihr für die notwendigen Gespräche mit den europäischen Partnern bis zum nächsten Europäischen Rat am 28. und 29. Juni Zeit zu gewähren und bis dahin auf nationale Alleingänge zu verzichten. Dem haben die CDU-Abgeordneten gestern mit großer Mehrheit zugestimmt. Horst Seehofer und die CSU bestehen dagegen bislang weiter auf einen vorzeitigen nationalen Alleingang, ohne sich mit unseren Nachbarländern abzustimmen und ohne den Ausgang der Verhandlungen in den nächsten zwei Wochen abzuwarten. Das halte ich für nicht richtig. Vielmehr brauchen wir jetzt Gespräche mit unseren europäischen Partnern, um endlich zu einem gemeinsamen europäischen Asylsystem zu kommen. Hierfür sollten wir – über die erwähnten bilateralen Abkommen hinaus – eine Frist von einem Jahr setzen. Kommt es dann zu keiner Lösung, führt an Zurückweisungen an den deutschen Grenzen kein Weg mehr vorbei. Diese Erkenntnis wird hoffentlich den Druck auf einige EU-Staaten erhöhen, ihre völlige Verweigerungshaltung aufzugeben und Solidarität mit den besonders betroffenen Ländern zu zeigen, zu denen nicht nur Deutschland, sondern vor allem auch Italien und Griechenland zählen.

Aus ersten Reaktionen aus dem Kreis unserer Mitglieder und Anhänger weiß ich, dass sich viele von Ihnen große Sorgen um den Zusammenhalt von CDU und CSU machen. Die Unionsparteien werden Deutschland nur dann erfolgreich gestalten können, wenn sie gemeinsam an einem Strang ziehen. Die letzte Bundestagswahl hat deutlich gezeigt, welche Gefahren ein dauerhafter Streit birgt. Daher bin ich froh, dass Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble gebeten wurde, einen Kompromiss zu suchen. Wolfgang Schäuble genießt in der gesamten Bundestagsfraktion und unseren Mitgliedern und Anhängern höchsten Respekt. Mit seiner Autorität wird es hoffentlich gelingen, sehr rasch eine gemeinsame Position zu finden. Das ist auch dringend notwendig, denn jeder Fortgang der Uneinigkeit würde die Unionsparteien schwächen und wäre ganz sicher auch eine Belastung für die kommenden Landtagswahlen in Hessen aber eben auch in Bayern.

Wir sind nicht allein Europa, aber auch nicht in der Koalition. Über eine absolute Mehrheit verfügen wir nicht. Daher muss jeder Kompromiss auch die Zustimmung unseres Koalitionspartners finden, denn im erst kürzlich vereinbarten Koalitionsvertrag finden die Forderungen von Horst Seehofer angesichts der deutlich gesunkenen Zuzugszahlen keine Grundlage.



Gunther Krichbaum
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 3 des Schreibens vom 15. Juni 2018.

Gerade in dieser schwierigen Situation bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. Die CDU war stets die deutsche Europapartei und viele Menschen wählen uns gerade wegen dieser pro-europäischen Ausrichtung. Dies sollten wir jetzt nicht durch kurzfristige Alleingänge aufs Spiel setzen.

Mit freundlichen Grüßen

ll

Gunther Krichbaum